



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Wenig verankerte demokratische Werte: Rechtsstaatliche Prinzipien werden in Südosteuropa immer wieder als politische Machtinstrumente verstanden

Ursprung, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-66452>
Newspaper Article

Originally published at:

Ursprung, Daniel. Wenig verankerte demokratische Werte: Rechtsstaatliche Prinzipien werden in Südosteuropa immer wieder als politische Machtinstrumente verstanden. In: Neue Zürcher Zeitung, 199, 28 August 2012, 5.

Wenig verankerte demokratische Werte

Rechtsstaatliche Prinzipien werden in Südosteuropa immer wieder als politische Machtinstrumente verstanden

Der Machtkampf in Rumänien hat Befürchtungen einer autoritären Welle in den südöstlichen EU-Ländern geweckt. Gründe für die derzeitige Lage sind strukturelle Probleme, aber auch nationale Gegebenheiten.

Daniel Ursprung

Die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU im Jahre 2007 ist vielfach als übereilt kritisiert worden. Die beiden Länder seien weder politisch noch wirtschaftlich reif für die Aufnahme in die europäische Staatengemeinschaft gewesen. In der Tat sind die seither gemachten Erfahrungen ernüchternd: Der Reformelan im Vorfeld des EU-Beitrittes erlahmte, kaum war der Beitritt vollzogen. Punktuelle Fortschritte wurden häufig nur durch massiven Druck von aussen erreicht und durch Verschlechterungen in andern Bereichen relativiert.

Kompromiss als Schwäche

Die Ende Juni von der sozialliberalen Koalition (USL) in Rumänien vom Zaun gebrochene politische Krise legt bloss, wie schwach rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien verwurzelt sind. Sie werden vielfach ausschliesslich als Machtinstrumente verstanden. Als das Verfassungsgericht kürzlich das Referendum zur Amtsenthebung von Präsident Basescu gesetzeskonform wegen zu geringer Wahlbeteiligung für ungültig erklärte, taxierte Ministerpräsident Victor Ponta das Verdikt als «illegal, ungerecht, den demokratischen Regeln entgegenstehend». Antonescu, der Koalitionspartner und Präsidentschaftsanwärter, beschimpfte die Verfassungsrichter als «Politoffiziere» Basescus, obwohl vier von neun Verfassungsrichtern vonseiten der USL ernannt wurden. Von der Respektierung der Gewaltenteilung war vor heimischem Publikum nur ganz am Rande die Rede.

Eine ähnliche Verachtung demokratischer Spielregeln zugunsten reiner Machtpolitik zeigt sich seit 2010 auch in Ungarn, wo die Empörung über die Misswirtschaft der linken Vorgängerregierung und ein günstiges Wahlrecht dem rechtsnationalen Fidesz Viktor Orbans eine Zweidrittelmehrheit bescherten. Der Fidesz deutete den Wahlsieg in eine «Revolution an der Urne» um und begann, den Staat nach ideologischen Vorstellungen umzubauen. Grundlage des fehlenden Respekts vor den demokratischen und rechtsstaatlichen Werten ist in Ungarn wie in Rumänien eine politische Kultur, in der nicht Konsens, sondern rücksichtslose Durchsetzung eigener Interessen als Ideal betrachtet, Entgegenkommen hingegen als Schwäche interpretiert wird.

Diese Haltung hat verschiedene historische Ursachen, die auch für andere Länder der Region gelten. Der Sozialismus hat eine paternalistische Haltung gegenüber dem Staat gefördert, von dem die Bevölkerung wirtschaftliche Stabilität, aber keine politische Mitbestimmung erwarten durfte. Keiner der postsozialistischen Staaten konnte an eine demokratische Tradition anknüpfen. In der Zeit vor der Herrschaft der Kommunisten hatten autoritäre oder scheindemokratische Regime dominiert. Die nach 1989 durchgeführten Reformen konzentrierten sich zu sehr auf den wirtschaftlichen Bereich, der Förderung demokratischer Prinzipien wurde angesichts oberflächlich reibungslos funktionierender Demokratien zu wenig Beachtung geschenkt.

Gesellschaftliche Kluft

Der Vergleich zwischen Ungarn und Rumänien bringt aber auch Unterschiede zum Vorschein. Anders als in Rumänien existiert in Ungarn eine weit über den eigentlichen politischen Bereich hinausgehende tiefe gesellschaftliche Kluft zwischen Rechten und Linken. Die ideologische Polarisierung ist auch Folge politischer Verwerfungen im

20. Jahrhundert: Die kurzlebige kommunistische Räteregierung von 1919 oder das Trauma der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes 1956 durch sowjetische Truppen mit der abschliessenden Entpolitisierung der Gesellschaft, aber auch der Verlust eines Grossteils des «nationalen» Territoriums im Friedensvertrag von Trianon 1920 spielen für das kollektive Gedächtnis in Ungarn eine herausragende Rolle.

Aus rechtsnationaler Perspektive wird die ungarische Nation von äusseren und inneren Feinden bedroht, was zu einer antikommunistischen und antiliberalen Abwehrhaltung führt. In Rumänien hingegen sind die politischen Lager diffus und instabil, klare ideologische Zuordnungen kaum möglich. Die Konfliktlinien ergeben sich hier vor allem aus momentanen Konstellationen und dem für die politische Kultur prägenden Narzissmus der politischen Führungsfiguren. Der überaus eng verflochtene Filz einflussreicher Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft ist zwar in allen postkommunistischen Staaten evident, erreicht innerhalb der EU aber wohl nirgendwo dasselbe Ausmass wie in Rumänien.

Seilschaften und Filz

Die Gründe dafür zeigen sich im Vergleich mit Bulgarien, einem weiteren Sorgenkind der EU, dessen rechtsstaatlich-demokratische Entwicklung Grund zur Sorge gibt. In einer jüngst durchgeführten Umfrage kam das bulgarische Meinungsforschungsinstitut Mediana zu alarmierenden Schlüssen: Gut ein Drittel der Bevölkerung lehnt die Demokratie ab, autoritäre Tendenzen fanden hohe Zustimmungsraten. Angesichts gravierender Probleme erachtet ein hoher Teil der Bevölkerung eine starke Hand als geringeres Übel.

Nach dem Fall des Kommunismus erlebte Bulgarien in den neunziger Jahren eine turbulente Zeit. Staatliche Strukturen wurden teilweise bewusst geschwächt, da die antikommunistischen Kräfte den von Funktionären des alten Regimes durchgesetzten Staats- und Geheimdienstapparat säubern wollten. Entlassene aus dem Dunstkreis der Sicherheitskräfte rotteten sich zusammen und formierten sich im allgemeinen Chaos zu kriminellen Gruppen. Weite Bevölkerungsteile litten in den neunziger Jahren direkt unter der organisierten Kriminalität, etwa in Form von Schutzgelderpressung, betrieben von nur oberflächlich getarnten «Versicherungsgesellschaften».

Rumänien blieb davon weitgehend verschont. Hier war es dem kommunistischen Funktionsapparat gelungen, alle

Schalthebel der Macht in der Hand zu behalten. Der berüchtigte Geheimdienst Securitate wurde nur drei Monate nach dem Sturz Ceausescus unter neuem Namen reaktiviert. Seilschaften der Nomenklatura nutzen die fortbestehende politische und wirtschaftliche Macht, um sich mithilfe des Staates zu bereichern.

Politisierung der Justiz

Während in Bulgarien ein schwacher Staat offener Gewalt bis hin zu zahlreichen Auftragsmorden im Mafia-Milieu hilflos gegenüberstand, entstand in Rumänien ein Filz aus Politik und Wirtschaft. Geschäfte im Graubereich und jenseits der Legalität wurden unter aktiver Beteiligung des Staatsapparates abgewickelt. Politisch gut vernetzte Partner erhielten ungedeckte Kredite staatlicher Banken, Erlasse von Behörden sicherten Firmen Quasimonopole, während sich sogenannte Zeckenfirmen darauf spezialisierten, zu einem Spottpreis bezogene Leistungen staatlicher Betriebe überteuert weiterzuverkaufen.

In jüngerer Zeit intensivierte die rumänische Justiz aber ihren Kampf gegen die parteiübergreifend agierenden korrupten Netzwerke, zahlreiche Politiker und der Politik nahestehende Oligarchen wurden angeklagt oder verurteilt. Dazu kommt, wie die rumänische Politologin Alina Mungiu-Pippidi schon vor zwei Jahren konstatierte, ein konstitutioneller Konflikt zwischen der Justiz auf der einen und Regierung und Parlament auf der anderen Seite.

Undemokratisches Verhalten der Exekutive und die Unfähigkeit der Legislative, kohärente Gesetze zu erlassen, brachten die Justiz dazu, weit über das übliche Mass hinaus Gesetze und Regierungserlasse zu interpretieren. Anstatt in den dafür vorgesehenen Institutionen einen politischen Konsens zu suchen, verklagten sich Regierung und Opposition gegenseitig. Politische Konflikte wurden so an die Justiz delegiert, die damit Teil politischer Grabenkämpfe wurde, aber auch grossen Einfluss gewann. Die Regierung Ponta versucht nun, die Macht der Gerichte zu beschneiden, um ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Beschränkungen regieren zu können.

Dem Präsidenten, der wegen seiner zynischen Kommentare zu den Sparmassnahmen der letzten Jahre äusserst unpopulär ist, wirft die Regierung vor, Kopf eines angeblichen «Regimes Basescu» zu sein, das sich alle staatlichen Instanzen untergeordnet habe. Der Kampf gegen Basescu ist dabei nur ein Mittel im Feldzug gegen unabhängige Institutionen, auf die der Präsident gar keinen unmittelbaren Einfluss ausübt.

Die Strategie der USL zielt darauf, die Institutionen des Rechtsstaates und die Gewaltenteilung systematisch auszuhöhlen und zu delegitimieren, um die Kontrolle über bisher unabhängige Institutionen zu erlangen. Nicht unwichtig sind aber auch persönliche Rachegefühle gegen Basescu, der mit seinem polarisierenden Stil viele Politiker vor den Kopf gestossen und in seiner Personalpolitik wenig Rücksicht auf politisch einflussreiche Netzwerke genommen hat. Insofern hat die Krise spezifisch nationale Ursachen, allerdings auf der Grundlage einer in der ganzen Region verbreiteten geringen Akzeptanz grundlegender politischer Werte.

Die politische Konfrontation in Rumänien ist nicht zuletzt als Aufbäumen einer korrupten politischen Klasse zu verstehen, die sich dagegen wehrt, für Straftaten zur Rechenschaft gezogen zu werden oder auch einfach Privilegien zu verlieren. Grosszügige Zahlungen an Exponenten der Sicherheitskräfte oder angebliche «Revolutionäre» (Teilnehmer des Volksaufstandes von 1989 gegen Ceausescu) haben Rumänien bisher vor einem bulgarischen Szenario, einer Abwanderung in die Kriminalität, bewahrt. Dafür konstituierte sich eine einflussreiche Cliquenwirtschaft innerhalb des Staatsapparates und der Parteienlandschaft. Der Kampf gegen eine Reformierung dieses Systems verlief so bisher weitgehend gewaltlos, wird dafür aber auf der politischen Bühne umso heftiger ausgetragen.

Unterstützung von aussen

Die wichtigste Unterstützung für die rumänische Demokratie kommt im Moment von aussen. Nach den Erfahrungen in Ungarn hat der Westen auf die Krise schnell reagiert und klargemacht, dass die Verletzung demokratisch-rechtsstaatlicher Grundwerte nicht toleriert wird. Insofern hat es sein Gutes, dass Rumänien als Mitglied der EU stärker unter Kontrolle steht und die internationalen Institutionen eine bessere Handhabe gegen autoritäre Tendenzen haben als etwa im Fall der Ukraine. Die Intervention des Westens hat den Regierenden die Grenzen ihres Handelns aufgezeigt. Auf Dauer kann dies aber keine Lösung sein. Die Förderung eines Bewusstseins dafür, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als grundlegende Werte zu schützen sind, bleibt eine grosse Herausforderung für die kritische Öffentlichkeit in den betroffenen Ländern.

Daniel Ursprung ist Mitarbeiter an der Abteilung für osteuropäische Geschichte der Universität Zürich.